

BERICHT über die Veranstaltung

vom 24.04.2015 im Marburger Weltladen

Thema: „Tödliche Textilfabriken in Pakistan“

Am 24.04.15 war Zehra Khan im Weltladen Marburg zu Gast. Unterstützt von einer Übersetzerin und einem Vertreter von **medico international** sprach Sie in den gut gefüllten Räumlichkeiten über ihre Vereinigung „**Homebased Women Workers' Federation**“, die sich für die Rechte von ArbeiterInnen einsetzt und Gesetzesentwürfe ausarbeitet, die Veränderungen in Pakistan nach dem Brand einer Fabrik des pakistanischen Unternehmens Ali Enterprises 2012 und die weitverbreitete Missachtung der Gesetze.

So gab Khan zunächst zu bedenken, dass die Textilindustrie den größten Wirtschaftssektor Pakistans ausmache, rund 65% der arbeitenden Bevölkerung ist in diesem Gewerbe und verwandten Bereichen tätig.

Der Mindestlohn liegt in Pakistan bei rund 12.000 Rupien, die ArbeiterInnen in der Textilindustrie verdienen oft mehr als es anderswo möglich wäre.

Dies sei als ein Hauptgrund anzuführen, wenn es darum ginge, nachzuvollziehen, warum viele Arbeiter ihre Rechte aus Angst vor der Arbeitslosigkeit nicht wahrnehmen, sofern sie überhaupt über diese aufgeklärt sind.

So stellt bereits die Gründung einer Gewerkschaft ein Risiko dar, das zur Arbeitslosigkeit führen kann. Diese sind in Pakistan nämlich keineswegs selbstverständlich, nur 1,2 % der Arbeiter in der Textilbranche sind in Gewerkschaften organisiert.

Selten sind auch Arbeitsverträge, ein weiteres großes Problem im Bemühen, den ArbeiterInnen zu helfen, erklärt Khan. Ohne Arbeitsverträge können die ArbeitgeberInnen nicht zweifelsfrei ermittelt werden, geschweige denn Arbeitnehmerrechte wie eine Sozialversicherung oder der Anspruch auf Rente durchgesetzt werden. Auch die Zahlung des oben genannten Mindestlohns lässt sich nicht überprüfen, meist werden den ArbeiterInnen nur Lohntüten in die Hand gedrückt. Die einzige Möglichkeit, im Zweifel am Ende des Monats ein Gehalt entsprechend des Mindestlohns zu erhalten, sind Überstunden.

Zu den üblichen zwölf bis vierzehn Arbeitsstunden, die ArbeiterInnen täglich abzuleisten hat, kommen auch schon mal sechs weitere Stunden hinzu. Beispielsweise wenn ein europäischer Textilkonzern seine Lieferung erwartet und Eile geboten ist. Seinen Job mit dem vergleichsweise hohen Gehalt dort verlieren möchte trotzdem keiner der ArbeiterInnen, sie für Proteste zu mobilisieren gestaltet sich schwierig.

Selbst der Brand einer Fabrik von Ali Enterprises 2012, der, wie im digitalen Zeitalter üblich, zumindest kurzzeitig die internationale Aufmerksamkeit erregte, hat zu keiner Besserung der Lage beigetragen. Eigentlich habe sich gar nichts geändert, sagt Khan, die das **Workers' Rights Movement** vertritt, in dem Opfer des Brandes organisiert sind, um für Entschädigungen zu kämpfen. Bis auf eine mickrige Schmerzensgeldzahlung vom mitverantwortlichen Konzern *kik*, der bei Ali Enterprises produzieren ließ, sind die Spuren des Unglücks, bei dem 259 Menschen starben und mehr als 1.500 ihren Job verloren, nahezu verwischt.

Die Fabrik wurde nie von offizieller Seite zertifiziert, ein Beamter, der dazu bereit war, wurde seines Amtes enthoben und ohnehin werden Zertifikate oftmals gegen Bezahlung ausgestellt – die tatsächliche Überprüfung des Fabrikzustandes ist dementsprechend zu bezweifeln.

Seit März 2015 liegt eine Klage beim Landgericht Dortmund vor, erklärt der Vertreter von *medico international*. Vier von insgesamt 250 geschädigten Familien wollen Schmerzensgeld von *kik* einklagen, je 30.000 Euro. Warum es nur vier Familien seien wurde seitens der Zuhörenden gefragt – Kostengründe, da der Prozessgewinn kein Selbstläufer ist.

Es geht weniger um eine hohe finanzielle Entschädigung, als darum, einen Präzedenzfall zu schaffen, der dafür sorgt, dass sich solche Tragödien künftig nicht mehr zutragen.

Wie wir als deutsche BürgerInnen Solidarität mit den pakistanischen Fabrikarbeitern zeigen können, wird aus dem Publikum gefragt. Nach der Herkunft der Kleidung sollen

wir fragen, Marken wie *Mango*, *Zara* oder *kik* in Frage stellen, die mit ihren Großaufträgen zu den dortigen Missständen beitragen.

Ein regelrechter Boykott solcher Marken sei allerdings keine Lösung, schließlich würde dies den stärksten Wirtschaftssektor Pakistans schwächen und zahlreiche ArbeiterInnen ihre Jobs kosten und (noch tiefer) in die Armut treiben.